

LandInForm

3/2019
AUSZUG

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

Für eine grünere Agrarpolitik

Die EU-Kommission will in der kommenden Förderperiode ein neues Umweltinstrument einführen: die Eco-Schemes. Darüber, wie sie ausgestaltet sein werden, wird aktuell noch viel diskutiert. [VON JAN FRIESE]

Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) erbringen traditionell zentrale Naturschutz- und Umweltleistungen für die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP). Sie werden im Rahmen der zweiten Säule der GAP, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), programmiert. Schon seit der Diskussion über die Reform der Förderperiode 2013 bis 2020 bemüht sich die EU-Kommission darum, auch die erste Säule der GAP vermehrt in die Pflicht zu nehmen, indem sie deren Direktzahlungen stärker an die Erfüllung von Umwelt- und Naturschutzauflagen bindet. Insbesondere

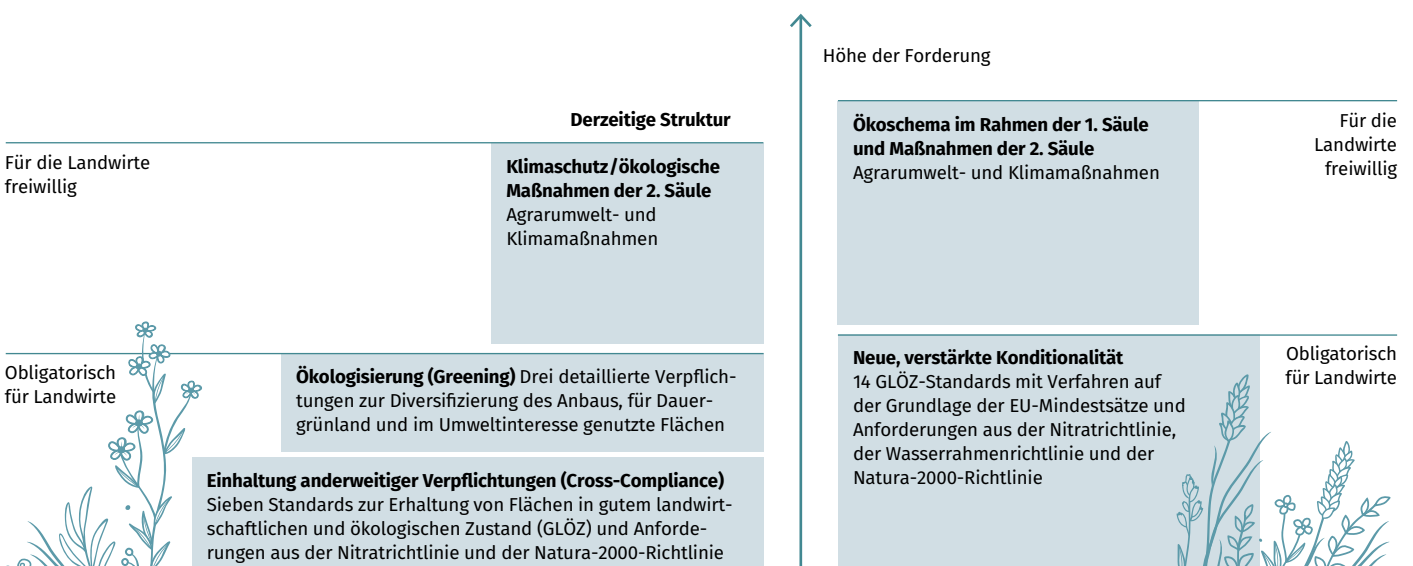
das sogenannte Greening sollte flächendeckend dazu beitragen. Um Gelder aus der ersten Säule zu erhalten, müssen Landwirte dabei über die gesetzlichen Regelungen (Cross Compliance) hinaus einen Anteil des betrieblichen Dauergrünlands erhalten. Außerdem müssen sie mindestens fünf Prozent ökologische Vorrangflächen auf der Ackerfläche bereitstellen und ihre Fruchtfolge diversifizieren. Allerdings erbrachte das Greening aus der Perspektive aller deutschen Akteure und aus Sicht der EU keine wirklichen Naturschutzeffekte. Deshalb schlägt die EU-Kommission für die neue Förderperiode ein

neues Instrument für die erste Säule vor: die Eco-Schemes, auf Deutsch Ökoregelungen. Die Regelungen von Cross Compliance und Greening sollen aber als sogenannte Konditionalität, also Grundvoraussetzung für Direktzahlungen, weitergeführt werden.

Schwierige Ausgestaltung

Wenn ein Landwirt die Basisprämie bekommen will, muss er diese Grundvoraussetzung zunächst erfüllen. Zusätzlich zur Basisprämie könnten die Landwirte dann weitere Gelder aus der ersten Säule erhalten, wenn sie freiwillig Eco-Scheme-Maßnahmen umsetzen. Diese sind zu 100 Prozent EU-finanziert. Da

Förderungen im Vergleich



die Förderung in Zukunft einfacher werden soll, macht die EU nur wenige Angaben, wie die Eco-Scheme-Regeln ausgestaltet werden sollen. Vieles soll und muss der jeweilige Mitgliedsstaat entscheiden.

Klar ist: Deutschland wird ein einheitliches Angebot an Eco-Scheme-Maßnahmen schaffen, die den Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen ähneln werden. Eine Schwierigkeit ist, dass die Länder dann nur noch AUKM anbieten können, die nicht gleichzeitig Eco-Scheme-Maßnahmen sind. Außerdem legen die Eco-Schemes die Mindestanforderungen, die sogenannte Baseline, fest. Nur Anforderungen, die darüber hinausgehen, können zukünftig noch als AUKM gefördert werden. Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, mit der GAP-Reform diese Baseline der Umweltleistungen zu erhöhen.

Die Maßnahmen werden einjährig sein, da die Landwirte die Prämien im Rahmen ihrer jährlichen Direktzahlungsanträge mitbeantragen können. Als Maßnahmen der ersten Säule dürfen die Eco-Schemes nun auch Einkommen erzeugen: Anders als AUKM darf die Prämie also nicht nur die entgangenen Erträge und entstandenen Kosten der Landwirte kompensieren, sondern auch explizit eine Anreizkomponente enthalten.

Denkbare Maßnahmen

Denkbare Eco-Schemes sind beispielsweise betriebsweite Maßnahmen wie der Ökolandbau oder eine vielfältigere Fruchtfolge. Es wird auch vorgeschlagen, Maßnahmenpakete zu schnüren: Bei diesen könnten Betriebe auf ihren Ackerflächen beispielsweise einen bestimmten Anteil Brachen und Blühstreifen anlegen.

Vertreter von Wissenschaft und Naturschutz empfehlen Maßnahmen, die besonders wirksam für Naturschutzziele wären. Denn das Ergebnis einer von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten

Studie des Instituts für Agrarökologie und Biodiversität Mannheim zeigt: Auf den rund zwölf Millionen Hektar Ackerflächen Deutschlands wären rund 2,8 Millionen Hektar biodiversitätsfördernder Flächen, insbesondere Brachen, Blühstreifen und Extensivgetreide nötig, um die Umwelt- und Naturschutzziele der EU-Kommission zu erreichen. Bisher schaffen es AUKM und Vertragsnaturschutz nur, die Hälfte der nötigen Fläche bereitzustellen. Auf den fünf Millionen Hektar Grünland müssten rund 1,6 Millionen Hektar Natura-2000-Grünland, Streuobstbestände und extensives Grünland gefördert werden. Mit den zukünftig weiterhin verpflichtenden Anforderungen der Konditionalität und den Eco-Schemes der ersten Säule sowie den AUKM der zweiten Säule erscheint dieses Ziel den Wissenschaftlern durchaus realisierbar. Viele Landwirtschaftsvertreter stehen einer solchen Ausweitung der extensivierten Flächen jedoch skeptisch gegenüber. Sie fürchten um die Produktionsmöglichkeiten und die Einkommen der Landwirtschaft. Sie sehen insbesondere den Abbau der Einkommensstützung in der ersten Säule kritisch, sorgen sich aber auch um die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der unterschiedlichen Maßnahmen.

Es gibt Überlegungen, das gesamte Spektrum der betrieblichen Eco-Scheme-Umweltleistungen mit einem Punktesystem zu bewerten und diese Punkte dann zu vergüten.

Es wird anspruchsvoll

Die Diskussion über die Eco-Schemes zwischen Bund, Ländern, Wissenschaftlern und Interessengruppen läuft in Deutschland seit einiger Zeit recht kontrovers. Denn die Umsetzungsmöglichkeiten und deren konkrete Wirkungen – auf die Landwirte, die Verwaltung und die Finanzbudgets – sind offen. Es gibt keine Erfahrungen mit solch einem Instrument. Den Agrarverwaltungen bereitet vor allem der erhöhte Verwaltungsaufwand der Eco-Scheme-Maßnahmen

und die Steuerung der Budgets Sorgen. Wie viel Ökolandbaumittel, wie viel extensives Grünland würden nachgefragt? Zu dem umfangreichen Kontrollsystem für die erste Säule kämen zudem Eco-Scheme-Kontrollen hinzu, wie sie für AUKM bekannt sind. Diese sind sehr aufwendig und bergen vielfältige Fehlerquellen für Landwirte und Verwaltung. Schließlich gilt es, politische Interessen zu bedenken. Da die Mittel aus der ersten Säule bisher nach einem festen Schlüssel auf die Bundesländer verteilt wurden, verlören gegebenenfalls Länder mit einem unterdurchschnittlichen Ökolandbau- oder Grünlandanteil Fördermittel. Als schwierig bewerten die Ländervertreter, dass es nun vielleicht einige AUKM nur noch als nationale Maßnahmen mit bundeseinheitlicher Prämie gibt und sie die Prämien nicht mehr anpassen könnten.

Noch ist nichts sicher: Sowohl bei den Finanzmitteln als auch bei den rechtlichen Regelungen kann es noch Änderungen geben. Von einem klaren Zeitplan kann man nicht sprechen. Für die Mehrheit der diskutierenden Akteure ist allerdings eines gewiss: Mit Eco-Schemes wird die Agrarförderung nicht einfacher, sondern anspruchsvoller. Die Umsetzung der Maßnahmen kann nur gelingen, wenn diese besser begleitet und die Beratung der Betriebe – vor allem zu Beginn der Förderperiode – erheblich ausgebaut wird. Die Akteure in Deutschland sollten jetzt verschiedene Modelle und Lösungen diskutieren, um im Rahmen der Beteiligung Einfluss darauf zu nehmen, dass die Eco-Schemes tatsächlich zu mehr Agrarumweltschutz beitragen können. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:
Umweltbundesamt, 2018: Gestaltung und Umsetzung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2021 – Übersicht über die politischen Debatten. UBA Texte 108/2018.

Download unter:

www.umweltbundesamt.de
> Publikationen



KONTAKT:

Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



Entwicklungsansätze für ländliche Regionen

Seit Mitte 2015 nehmen 13 periphere ländliche Regionen am Modellvorhaben Land(auf)Schwung teil, um neue Entwicklungsansätze zu erproben. Was lässt sich daraus lernen?

[VON JESSICA BRENSING, TOBIAS METTENBERGER, GESINE TUITJER UND PATRICK KÜPPER]

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hatte 39 Landkreise, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind und sich über ganz Deutschland verteilen, dazu aufgerufen, innovative Lösungswege vorzuschlagen. Die ausgewählten 13 Regionen erhielten für drei Jahre jeweils 1,5 Millionen Euro, um ihre Ideen zu verwirklichen. Das Vorhaben wurde mittlerweile um weitere anderthalb Jahre bis Ende 2019 verlängert und die Mittel wurden entsprechend aufgestockt. Das BMEL hat Land(auf)Schwung dabei bewusst offen gestaltet, damit es von den regionalen Akteuren auf den jeweiligen Bedarf vor Ort hin zugeschnitten werden kann. Inhaltlich sollte der Fokus auf dem Thema „Daseinsvorsorge im Kontext regionaler Schrumpfungsprozesse“ sowie dem Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten liegen. Darüber hinaus möchte das BMEL auch neue Steuerungsinstrumente testen, die in der Förderung ländlicher Entwicklung eingesetzt werden könnten.

Modellvorhaben mit Begleitforschung

Diese drei Schwerpunkte nimmt die Begleitforschung am Thünen-Institut für ländliche Räume in den Blick: Es untersucht die Faktoren, die die erhofften Wirkungen der erprobten Entwicklungsansätze begünstigen oder erschweren. Dadurch sollen auch die Voraussetzungen und die Bedingungen einer möglichen Übertragbarkeit auf andere Regionen beurteilt werden. Es geht also explizit nicht um eine Bewertung der Arbeit in den Modellregionen, sondern darum, Handlungsempfehlungen abzuleiten, um die bestehende Förderung ländlicher Räume zu verbessern. Zudem werden die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben so aufbereitet, dass auch Akteure aus anderen peripheren ländlichen Regionen davon profitieren können.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen werden sowohl qualitative als auch quantitative Methoden genutzt,

beispielsweise (Gruppen-)Interviews mit regionalen Schlüsselakteuren, Projektverantwortlichen und -zielgruppen, standardisierte Befragungen beteiligter Akteure und relevanter Zielgruppen, es finden teilnehmende Beobachtungen bei Sitzungen und Konferenzen statt und Dokumente wie Protokolle, Projektanträge und Jahresberichte werden analysiert.

Die von den 13 Regionen verfolgten Entwicklungsansätze sind überaus vielfältig. Um nicht nur allgemeine Ergebnisse zu erzielen, konzentriert sich die Begleitforschung auf Fragen, die für die Praxis und Wissenschaft besonders relevant sind, beispielsweise:

- // Governance: Wie werden die Steuerungsinstrumente genutzt, umgesetzt und wie wirken sie? Welche Lernprozesse finden statt, welche regionalen Kapazitäten entstehen und wie gestalten sich politisches Engagement und Beteiligung?
- // Daseinsvorsorge: Wie lässt sich die hausärztliche Versorgung sichern? Wie können Senioren motiviert werden, sich für die Daseinsvorsorge in ihrer Region zu engagieren? Welches Potenzial bieten lokale Vereine, um Zu- und Rückwanderer im neuen Zuhause zu integrieren?
- // Regionale Wertschöpfung: Inwiefern tragen regionale Vermarktungsinitiativen zur Entwicklung neuer Produkte bei? Wie können innovative Gründungen gefördert werden? Wie lassen sich Flüchtlinge in den regionalen Arbeitsmarkt integrieren und wie lässt sich dabei ein Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten?

Erste ausgewählte Ergebnisse

Ein Instrument des Modellvorhabens ist das Steuern über Ziele: Die Akteure legen sie jeweils regionsspezifisch fest und hinterlegen sie mit messbaren Indikatoren, beispiel-

Die 13 Land(auf)Schwung-Regionen



● Förderregion
○ Länder

Quelle GeoBasis-DE/BKG 2013, bearbeitet von Küpper/Thünen-Institut 2015

weise der Anzahl von neugeschaffenen Mobilitätsangeboten. Die Messung und Bewertung der Zielerreichung ist dabei nicht Aufgabe der Begleitforschung, sondern im Sinne einer Selbstevaluation die der Regionen.

Die Begleitforschung im Bereich Governance betrachtet, inwiefern die gewählten Indikatoren sinnvoll und praktikabel gewählt wurden, um die Entwicklungsprozesse vor Ort zielgerichtet zu steuern. Das Instrument soll dazu dienen, Orientierung zu geben, Akteure zu motivieren, Handeln zu koordinieren, Projekte auszuwählen und Ergebnisse zu überprüfen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Zielsysteme der Regionen stark unterscheiden und häufig Vor- und Nachteile für die Steuerung aufweisen. So ist zum Beispiel die Teilnehmerzahl bei Veranstaltungen als Indikator relativ leicht messbar, sagt aber wenig über die eigentlich beabsichtigten Wirkungen aus. Ein anderes Beispiel: Wenn ein Ziel eng an ein geplantes Projekt gekoppelt ist, wird es damit zwar leichter, die Umsetzung des jeweiligen Projekts zu kontrollieren. Das Ziel kann aber schnell unerreichbar werden, wenn das entsprechende Projekt nicht wie geplant umgesetzt und auch nicht durch andere Projekte ersetzt werden kann, weil das Ziel zu spezifisch war. Damit Förderregionen einen möglichst großen Nutzen aus dem Steuerungsinstrument ziehen können, lässt sich die Empfehlung ableiten, dass ein Programmegeber bei der Festlegung der Zielsysteme externe Expertise und Schulungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen sowie den Zweck des Instruments klarer vermitteln sollte.

In ihre Konzepte und Projekte zur Daseinsvorsorge beziehen viele Modellregionen engagierte Bürger ein. Unter anderem wurden in zwei Landkreisen Kurse zur Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase angeboten, in denen sich die „jungen Alten“ mit gemeinnützigen Tätigkeiten auseinandersetzten. Die Begleitforschung führte qualitative Interviews mit Kursteilnehmern und Experten durch, um die Potenziale dieses Ansatzes auszuloten. Dabei zeigten sich unterschiedliche Motive, Formen und Intensitäten des tatsächlichen und beabsichtigten Engagements älterer Menschen. Ebenso wurden spezifische Herausforderungen ländlicher Regionen, wie etwa lange Wegstrecken oder fehlende Räumlichkeiten, deutlich. Eine Empfehlung ist deshalb, überregionale Beratungs- und regionale Schulungsangebote zu schaffen sowie öffentliche Gebäude multifunktional zu nutzen.

Im Bereich Wertschöpfung spielt die Regionalisierung wirtschaftlicher Prozesse in fast allen Regionen eine Rolle, beispielsweise im Standortmarketing, der Fachkräftesicherung und insbesondere im Bereich regionaler Produkte. Sieben Regionalvermarktungsinitiativen sind im Rahmen von Land(auf)Schwung entstanden oder wurden weiterentwickelt – teilweise widrigen lokalen Bedingungen zum Trotz wie beispielsweise fehlenden kulinarischen Traditionen oder, dass wenige regionale Lebensmittel vor Ort verarbeitet und vermarktet

werden. Über die Erzeugung und Vermarktung von lokalen Lebensmitteln hinaus leisten diese Initiativen einen Beitrag für die Vernetzung insbesondere von Kleinstbetrieben. Hieraus sind, teilweise in Kooperationsprojekten zwischen Lebensmittelproduzenten verschiedener Branchen, Produktinnovationen hervorgegangen. Auch in diesen experimentellen Entwicklungsprozessen erwies sich regionsexternes, in diesem Fall kulinarisches Wissen als bedeutsam. Eine Empfehlung ist daher, den Zugang zu regions- und betriebs-externem Wissen zu fördern, beispielsweise durch Workshops und Messen.

Ausblick

Im März 2020 wird in Berlin eine Abschlussveranstaltung für das Modellvorhaben stattfinden, die Begleitforschung läuft noch bis Ende 2020. Zukünftige Themen werden beispielsweise die Akteurskonstellationen in Entscheidungsgremien sowie die Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung von Regionalvermarktungsinitiativen sein. In der ersten Jahreshälfte 2021 sollen alle Ergebnisse in Form von drei Thünen-Reports auf der Website des Thünen-Instituts für Ländliche Räume veröffentlicht werden. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Weitere Ergebnisse und Veröffentlichungen gibt es unter www.thuenen.de/de/lr/projekte/begleitforschung-landaufschwung



KONTAKT:

Dr. Patrick Küpper
Thünen-Institut für Ländliche Räume
Telefon: 0531 596-5227
patrick.kuepper@thuenen.de

Mitfahren statt Selbstfahren

Während in großen Städten der öffentliche Personenverkehr sowie Car- und Bikesharing rund um die Uhr zur Verfügung stehen, sind Landbewohner von ihrem eigenen Auto abhängig. Das Forschungsprojekt NEMo möchte das ändern.

[VON JORGE MARX GÓMEZ, ALEXANDER SANDAU, JOHANNES SCHERING, MARTINA JAHNS UND UTE SAMLAND]

Mehr als 90 Prozent der Haushalte im ländlichen Raum besitzen mindestens einen Pkw, der weite Distanzen überwinden muss. Der öffentliche Nahverkehr dient hauptsächlich dem Schülertransport, er bietet Pendlern unter anderem aufgrund der unzureichenden Taktung selten eine Alternative. Auch liegt der nächste Bahnhof oder die nächste Bushaltestelle häufig zu weit von der Wohnung entfernt, sodass es schwer ist, auf das Auto zu verzichten. Dabei handelt es sich keinesfalls um ein Randthema: Mehr als 50 Millionen Menschen in Deutschland leben außerhalb städtischer Zentren. Deshalb ist es Ziel des Forschungsprojektes NEMo – Nachhaltige Erfüllung von Mobilitätsbedürfnissen im ländlichen Raum –, die Mobilität der im ländlichen Raum lebenden Bevölkerung zu verbessern.

Eine App zum Planen und Vernetzen

In dem Forschungsprojekt bringen Wissenschaftler verschiedener Disziplinen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürger zusammen, um Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu entwickeln und den öffentlichen Nahverkehr zu ergänzen. Dazu entwickelten sie die Smartphone-App Fahrkreis. Sie dient als mobiler Reiseplaner und berücksichtigt dabei individuelle Präferenzen, wie Reisezeit, Kosten oder Umweltverträglichkeit. Die App kann verschiedene Fortbewegungsmittel, wie Bahn, Bus und Fahrrad, miteinander verknüpfen. Zusätzlich verfügt sie über die Option des Mitfahrens, wodurch Mobilitätslücken geschlossen und damit das Problem der ersten oder letzten Meile verringert werden kann. Dieser Ansatz der vernetzten Mobilität ist nicht ganz neu: NEMo schließt an das Projekt „Schaufenster Elektromobilität Niedersachsen“ an, jedoch mit dem klaren Fokus auf den ländlichen Raum. So können Bürger anderen zum Beispiel eine Mitfahrt anbieten, die ähnliche Strecken und Startzeiten haben. Als Haltepunkte dienen beispielsweise Supermärkte, Bushaltestellen oder Bahnhöfe. Ein intelligenter Algorithmus ermöglicht es, Fahrtanbieter und -nachfrager auch spontan zusammenzubringen. Durch diese Bündelung können vorhandene Pkw-Kapazitäten besser

ausgelastet werden, um die Umwelt zu schonen. Neben der Mobilitätsplanung können die Bürger die App auch nutzen, um sich zu vernetzen.

Um die Praktikabilität der Fahrkreis-App zu testen, wurde die Pilotregion Wesermarsch/Oldenburg aufgrund ihres großen Bedarfs an alternativen Mobilitätslösungen ausgewählt. Die Region ist deutlich dünner besiedelt als der Landesdurchschnitt. Viele Arbeitgeber können nur mit dem Auto erreicht werden, sodass es sehr viele Pendler gibt. Berufsschüler wählen ihren Ausbildungsberuf sogar danach aus, wie gut der Standort zu erreichen ist, so eine Erkenntnis der Wissenschaftler. Etwa 100 Personen haben die App in der Pilotregion getestet, ihr Feedback half, diese weiterzuentwickeln und nutzerfreundlicher zu machen.

Ganzheitlich forschen für größtmögliche Wirkung

Um Mobilitätsgewohnheiten nachhaltig zu ändern, braucht es ein tieferes Verständnis der lokalen Gegebenheiten und der Bedürfnisse der Bürger. NEMo verfolgt zu diesem Zweck einen interdisziplinären Ansatz: Insgesamt acht Lehrstühle von den drei niedersächsischen Universitäten Oldenburg, Braunschweig und Vechta sind beteiligt. Neben Informatikern arbeiten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler sowie Juristen im Projekt mit. Das ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung und Lösung der Problemstellung.

Fahrgemeinschaften nicht erste Wahl

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung wurden die Bürger aktiv eingebunden. So befragten die Wissenschaftler 32 Personen im Rahmen von qualitativen Interviews und in Fokusgruppengesprächen zu Hemmnissen und Potenzialen bei der Nutzung von Fahrgemeinschaften. Dabei bestätigte sich, dass sich der durch die Nachhaltigkeitsdebatte entstehende Druck zur Änderung von Mobilitätsgewohnheiten im ländlichen Raum nur bedingt niederschlägt. Selbst wenn die Nutzung des Autos zunehmend erklärungsbedürftig ist, bleibt die Verfügbarkeit des eigenen Wagens



Mobilitätsangebote vernetzen: Die „Fahrkreis“-App verknüpft Bahn, Bus und Fahrrad mit Mitfahrgelegenheiten im privaten Pkw.

weiterhin unverzichtbar. Phasen, in denen sich die Menschen noch am ehesten vorstellen können, ein Fahrzeug zu teilen, sind insbesondere die Ausbildungszeit, das Seniorenalter und unter Umständen auch beim beruflichen Pendeln. Während die Ausbildungszeit durch Offenheit und ökonomische Unsicherheit geprägt ist, zeichnet sich das Seniorenalter durch zeitliche Flexibilität und ein gewachsenes örtlich gebundenes Nachbarschaftsnetzwerk aus.

Vorteile, aber auch Bedenken

Insgesamt schätzen die Interviewpartner die Vorteile des Mitfahrens als sehr hoch ein. Dabei stehen vor allem finanzielle, ökologische und soziale Motive im Vordergrund. Dies bestätigten auch die Ergebnisse einer Online-Befragung von insgesamt 338 Personen. Die Befragung legte aber auch die Bedenken offen, die viele hinsichtlich einer Mitnahme von Fremden im eigenen Auto oder einer Mitfahrt bei unbekanntenen Personen haben. Einige befürchten einen erhöhten Abstimmungs- und Koordinationsaufwand, ein zu geringes Mitfahrangebot auf der gewünschten Strecke oder große Umwege. Auch soziale Bedenken spielen eine Rolle, etwa dazu, sich aus Höflichkeit unterhalten zu müssen. Sicherheitsaspekte, darunter ungeklärte Versicherungsfragen, sind weitere genannte Gegenargumente. So zeigte sich beim Feldversuch der Fahrkreis-App, dass Frauen seltener Mitfahrangebote von Männern nutzen, insbesondere, wenn ihnen diese nicht bekannt sind. Die Ergebnisse der Befragung unterstreichen, wie wichtig Maßnahmen sind, die das Vertrauen zwischen den beteiligten Parteien stärken. Daher ist angedacht, ein Bewertungssystem für Fahrer und Mitfahrer oder Nutzerprofile aus sozialen Netzwerkseiten in die App zu integrieren. Um die Suche nach Fahrgemeinschaftspartnern zu erleichtern, können die Nutzer regelmäßige Fahrten eintragen oder Fahrtgesuche schalten.

App bundesweit nutzbar

Derzeit verfügt Fahrkreis über rund 100 aktive Nutzer. Im Herbst 2019 soll sie kostenlos im App-Store Google Play bereitgestellt werden, sodass die Zahl der Nutzer weiterwachsen kann. Zur Planung der täglichen Mobilität kann die Fahrkreis-App aber bereits jetzt in ganz Deutschland genutzt werden. Sie kann über <https://nemo-mobilitaet.de/fahrkreis> heruntergeladen werden. Es stehen jedoch bislang noch nicht überall Mitfahrangebote zur Verfügung. Sollten sich weitere regionale Interessensgruppen bilden, können diese die App jedoch problemlos nutzen. Insbesondere bei Mitfahrgelegenheiten ist eine sogenannte kritische Masse an Nutzern wichtig, die nur durch intensive Marketingmaßnahmen erreicht werden kann. Entscheidend für die Übertragbarkeit in weitere Landkreise und Kommunen ist deshalb eine breite Unterstützung durch lokale Partner. Auch in NEMO sind viele lokale Unternehmen, Kommunen und Vereine eingebunden. Diese wenden ebenfalls das integrierte Belohnungssystem an: So erhalten die Nutzer digitale Bonus-Punkte, wenn sie klimafreundliche Verkehrsmittel nutzen. Die Punkte können sie dann gegen verschiedene Prämien, Gutscheine und Rabatte eintauschen.

NEMO wird von der VolkswagenStiftung und dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur durch das Förderprogramm „Niedersächsisches Vorab“ gefördert. Das Projekt mit einer Gesamtlauzeit von vier Jahren läuft noch bis März 2020. Eine Weiterführung der Forschungsaktivitäten sowie ein Transfer in die Praxis sind bereits in Planung. ■



KONTAKT:

Prof. Dr. Jorge Marx Gómez
Universität Oldenburg
Abteilung für Wirtschaftsinformatik
Very Large Business Applications VLBA
Telefon: 0441 798-4470
jorge.marx.gomez@uni-oldenburg.de
<https://nemo-mobilitaet.de>

Erneuerbare ja – aber lieber woanders?

Eigentlich ist man sich über den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen einig. Doch wenn es konkret wird, prägen oft gefühlsbestimmte Argumente die Debatte. Ein europäisches Netzwerk will die Diskussion vor Ort versachlichen.

[VON ALEXANDRA KRUSE UND BÉNÉDICTE GAILLARD]

Bis zum Jahr 2020 wollen die Länder der Europäischen Union 20 Prozent des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken. 2015 hatten laut Eurostat elf der 28 EU-Mitgliedsstaaten das Ziel erreicht oder übertroffen. Wie werden diese Ziele das jeweilige Land und die Gesellschaft, in der wir leben, beeinflussen? Gelegentliche Meldungen von Menschen, die den Transport von Windkraftanlagen blockieren oder aufgrund potenzieller Umweltschäden gegen eine Wasserkraftanlage protestieren, werfen Fragen auf: Debattieren wir noch auf der Basis fundierter Argumente oder ist die Debatte vielmehr von unbestimmten Bauchgefühlen geprägt?

Für einen sachlichen Austausch Wege zu finden, um diesen Diskurs auf ein neutraleres Niveau zu lenken, war Ziel des vierjährigen Projekts COST RELY. Das Projekt wurde durch das COST-Programm der EU für europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung gefördert. RELY steht dabei für „Renewable Energy and Landscape quality“: Wie können erneuerbare Energien und Landschaftsqualität besser in Einklang gebracht werden? Und wie kann mit den Betroffenen ein Dialog auf Augenhöhe gelingen, den es für die Akzeptanz von erneuerbaren Energiesystemen braucht? Um diese

Fragen zu klären, arbeiteten zuletzt über 200 Personen aus 35 europäischen Ländern von fast 100 Organisationen, Universitäten, Forschungsinstitutionen, Vereinen, Verwaltungen und kleinen Betrieben zusammen. Auch zwei Universitäten aus Kanada und aus Albanien waren eingebunden.

Der Mensch vor Ort als Einflussgröße

Die Produktion jeden Typs erneuerbarer Energie verändert die betroffene Landschaft. Wie stark sich die Landschaft verändert und ob dies als positiv, negativ oder neutral wahrgenommen wird, hängt nicht nur von Größe, Ausmaß sowie Art der Energieerzeugung ab; auch kulturelle Prägungen und soziale Hintergründe der Menschen vor Ort spielen eine Rolle und welche Erfahrungen sie mit bereits vorausgegangenen Planungen und Projekten gemacht haben. Neben den rein technischen Aspekten – also was möglich ist – gilt es deshalb, die Planung an die Gegebenheiten anzupassen: Was ist an dem konkreten Standort sinnvoll, passend und gewollt?

Insbesondere bei Windkraftanlagen nutzen Betroffene oft die Landschaft als Argument, um Planungen zu kritisieren. Dass dies eine gesamteuropäische Sichtweise ist, attestierte eine Befragung von

108 Experten aus 33 Ländern im Rahmen von COST RELY. Insbesondere in Ost- und Südeuropa spielen allerdings sozioökonomische Argumente, beispielsweise Bedenken gegen jede Art von Planung von oben, eine große Rolle: In vielen osteuropäischen Ländern scheinen Beteiligung und demokratische Entscheidungsansätze noch bis vor Kurzem politisch eher unerwünscht gewesen zu sein. Diese Ergebnisse müssen durch eine breit angelegte Befragung der europäischen Öffentlichkeit noch verifiziert werden.

Aus Literatursauswertungen und anderen Erhebungen der RELY-Arbeitsgruppen lassen sich bereits einige allgemeingültige Aspekte ableiten, die Planern und politischen Entscheidungsträgern bei windenergiepolitischen Ansätzen bewusst sein sollten. So gibt es in der Regel nicht nur ein Anliegen oder eine Gruppe von Betroffenen, sondern eine Vielzahl von Akzeptanzproblemen. Es gilt, den jeweils ortsspezifischen Kontext zu berücksichtigen und gegenseitiges Lernen zwischen Planern und Interessengruppen zuzulassen. Auch das Design des Planungsprozesses ist wichtig: Europaweit sind verfahrenstechnische Aspekte, Vertrauen in Politiker und Planer, die Verteilung von Kosten und Nutzen sowie sinnvolle Partizipation Faktoren dafür, ob ein Vorhaben erfolgreich ist oder



Aktive Beteiligung ist mehr als nur zuhören: Hier wählen Kinder und Jugendliche ihre bevorzugte Landschaft in ihrem Dorf Aboyne (UK) anhand von unterschiedlichen Szenarios bei der Errichtung von Windkraftanlagen.

Projekte scheitern. Zudem ist vor Ort oft mehr Wissen vorhanden als bekannt. Dieses Wissen einzubinden ist unerlässlich, um die Akzeptanz in der Region zu erhöhen.

Best-Practice: Bioenergie und Hochwasserschutz

Wie solche Planungen erfolgreich umgesetzt werden können, zeigt der WWF Ungarn mit seinem Pilotprojekt in der Nähe des Flusses Theiß im Nordosten Ungarns. Das Dorf Tiszatárján kombinierte die Biomasse-Energieproduktion mit der Inwertsetzung der Kulturlandschaft und der Hochwasserprävention. Landwirte, öffentliche Angestellte, Gemeindeglieder und örtliche Entscheidungsträger besuchten im Vorfeld gemeinsam ähnliche Projekte, um eine Vorstellung dessen zu bekommen, was vor Ort geschaffen werden sollte und um Fragen stellen zu können. Ziel des WWF war es, klare Ziele zu kommunizieren und durch Transparenz eine größtmögliche Unterstützung zu erreichen. Alle Etappen wurden gemeinschaftlich durchgeführt. Die Akteure entbuschten eine rund 100 Hektar große Auenwaldfläche und nutzten das entnommene Material in einem Blockheizkraftwerk zur Energiegewinnung. Außerdem führten sie das Ungarische Graurind ein, das die Flächen beweidet und freihält. Diese Landschaftspflege hat das Rückhaltevermögen der Überschwemmungsgebiete am Fluss erhöht, das Hochwasserrisiko deutlich verringert und die Widerstandsfähigkeit der lokalen Vegetation gestärkt. Das Landschaftsbild hat sich verbessert, sodass die Region nun auch für Touristen attraktiver geworden ist. Außerdem entwickelten die Akteure eine lokale Biomasseversorgungs-

kette. Das Landschaftspflegematerial dient als Heizmaterial für öffentliche Gebäude und wird zusätzlich an ein Energieunternehmen verkauft.

Vielfältige Hilfestellungen

Die an COST RELY Beteiligten erarbeiteten mehrsprachige Materialien, die den Dialog vor Ort unterstützen können: einen Leitfaden zur Beurteilung von landschaftlichen Auswirkungen von erneuerbaren Energiequellen und einen Katalog mit Kriterien, Indikatoren und Daten für digitale geografische Informationssysteme (GIS), um abschätzen zu können, ob eine Landschaft für die Produktion von erneuerbaren Energien geeignet ist. Eine Typologie zeigt empfehlenswerte Beispiele von nachhaltigen, landschaftsverträglichen Produktionssystemen. Außerdem stellten die Wissenschaftler Vorschläge und Beispiele zusammen, wie die Aspekte erneuerbarer Energien in Beteiligungswerkzeuge integriert werden sollten und wie Bürger bei Planungen oder dem Betrieb von Anlagen beteiligt werden können. Damit Menschen unterschiedlicher Berufe und Hintergründe sachdienlich miteinander diskutieren können, ist es wichtig, dass alle Beteiligten am Tisch das Gleiche unter einem Begriff verstehen: Dabei kann das Glossar mit 48 Begriffen aus den Bereichen Landschaftsqualität, partizipative Planung und erneuerbare Energie, mit Übersetzungen in 28 europäische Sprachen helfen. Es ist auf der Website des Projekts abrufbar.

COST RELY ist im Oktober 2018 mit einer Abschlusskonferenz zu Ende gegangen. Auch nach dem Projektende werden aktuelle

Informationen auf der Website eingestellt. Darüber hinaus bietet der große Forschungsverbund eine Wanderausstellung an, die zum Dialog vor Ort beitragen kann. Das Projektkonsortium bereitet derzeit ein Nachfolgeprojekt vor, um die angestoßenen Themen zu vertiefen und die Methoden weiterzuentwickeln. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Die Ergebnisse von COST RELY sind in einem Buch zusammengefasst, das zusätzlich einen Überblick über die aktuelle und gesetzliche Situation von erneuerbaren Energien und Landschaftsqualität in 32 europäischen Ländern gibt.
www.jovis.de/en/books/details/product/renewable-energy-and-landscape-quality.html



KONTAKT:

Dr. Alexandra Kruse
 insitu World Heritage consulting/
 Institut für Europäische Agrar-
 landschaftsforschung EUCALAND e. V.
akruse@whconsult.eu

Bénédicte Gaillard
benedicte@gaillard-consulting.com
<http://cost-rely.eu/>

Mit über zehn Prozent Anteil am weltweiten Verbreitungsgebiet des Gartenschläfers hat Deutschland eine besondere Verantwortung für den Erhalt dieser Art.



Unterstützung für Artenschützer

Ein neu gegründetes Rote-Liste-Zentrum koordiniert seit Anfang des Jahres die Erstellung Roter Listen der Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands. Es unterstützt Experten und ehrenamtliche Artenkenner, die die Daten zu aktuellen Beständen und Trends bewerten. [VON ANDREA BIRRENBACH]

Es ist nicht leicht, einen Gartenschläfer zu Gesicht zu bekommen. Die Bestände des kleinen Nagers sind in den vergangenen Jahrzehnten europaweit massiv zurückgegangen. Auch aus vielen Regionen Deutschlands wurden Bestandsrückgänge gemeldet. Der Gartenschläfer ist in der aktuellen Roten Liste deshalb in die Kategorie G eingeordnet, sie steht für „Gefährdung unbekanntem Ausmaßes“. Um den Gefährdungsgrad von einem Großteil der in Deutschland etwa 72000 einheimischen Tier-, Pflanzen- und Pilzarten einzuschätzen, engagieren sich hierzulande über 500 Experten und Tausende ehrenamtliche Artenkenner. Sie werden seit Dezember 2018 vom Rote-Liste-Zentrum (RLZ) unterstützt, das beim Projektträger des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) angesiedelt ist und im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz (BfN) agiert.

Die Dokumentation der Entwicklung der Arten übernehmen weiterhin vor allem Ehrenamtliche, doch sie können nicht sämtliche Arten in ihrer Freizeit beobachten. „Wir beauftragen deshalb beispielsweise Experten zur Nachsuche verschollener oder als ausgestorben eingestufte Arten. Diese Arbeiten sind zeitintensiv, müssen zu bestimmten Bedingungen und teilweise mit besonderen Nachweismethoden durchgeführt werden – so etwas kann man nicht ausschließlich ehrenamtlich

machen“, sagt Margret Binot-Hafke, Leiterin des RLZ. Allein deshalb sei es nötig, Gelder zur Förderung von Experten und Projekten vergeben zu können. Das Bundesumweltministerium stellt dem RLZ dafür jährlich rund eine Million Euro zur Verfügung. Sechs Mitarbeiter plus Leiterin arbeiten zusammen mit weiterem Fachpersonal im RLZ – in der Vergangenheit hatte das BfN die Erstellung der Roten Listen allein koordiniert.

Austausch verbessern

Neben der finanziellen Unterstützung sollen sich die Experten und der Nachwuchs leichter vernetzen und austauschen können. So wird es auf der Website des RLZ, die dieses Jahr online gehen soll, unter anderem einen internen Bereich mit Infos und Download-Möglichkeiten für die Autoren Roter Listen geben. Der Austausch spielt auch eine große Rolle bei den zukünftig jährlichen, vom RLZ organisierten Autorentagungen sowie bei Artengruppen-spezifisch ausgerichteten Arbeitstreffen. Auch die Datenbanken und Datenportale, die das RLZ aufbaut, sollen zum verbesserten Wissensaustausch der Experten beitragen.

Bewusstsein schaffen

„Das Rote-Liste-Zentrum hat auch die Aufgabe, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für Rote Listen und gefährdete Arten zu schaffen“, so

Margret Binot-Hafke. Die neue Internetpräsenz soll die Roten Listen leichter zugänglich machen, über eine Suchmaschine lassen sich dann detaillierte Informationen zu einzelnen Arten finden. „Wir werden auf der Website außerdem bestimmte Arten in Form von Steckbriefen und Beschreibungen hervorheben, um anschaulich zu machen, in welcher Situation sie sich befinden.“

Die finanzielle und fachliche Unterstützung des RLZ soll dazu beitragen, die Fortschreibung Roter Listen zu sichern. Margret Binot-Hafke: „Die Daten, die die Experten zusammentragen und in den Roten Listen bewerten, sind essentiell für den Artenschutz in Deutschland. Hieraus lassen sich nicht nur die Gefährdungskategorien ablesen, sondern auch wichtige Zusatzinformationen, etwa die Verantwortlichkeit Deutschlands für den weltweiten Erhalt bestimmter Arten. Daher sind Rote Listen als anerkannte Sachverständigengutachten von großer Bedeutung für politische Entscheidungen.“ ■



KONTAKT:

Margret Binot-Hafke
Rote-Liste-Zentrum
rote-liste-zentrum@dlr.de



Zum Fokusthema der nächsten Ausgabe:
Kleine und mittelständische Unternehmen auf dem Land

DIE POSITION

Der Raubbau geht uns alle an

Anke Kähler ist Bäckermeisterin und Vorstandsmitglied im Verein „Die Freien Bäcker“.

”

Aus den Dörfern verschwinden immer mehr Handwerksbetriebe, die wichtige soziale Funktionen erfüllen.“

Nach wie vor unterliegen die kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks ebenso wie Betriebe der bäuerlichen Landwirtschaft einer folgenschweren Vernichtung von Vermögen. Das erbitterte Festhalten am Fortschritt durch beständiges Wachstum sowie die daraus resultierenden Industrialisierungs- und Konzentrationsprozesse verschlingen im Bereich der Land- und Lebensmittelwirtschaft fruchtbare Ackerböden, Biodiversität, kleine und mittlere Betriebe und damit umfassendes Wissen und Können. So wird genau das Vermögen vernichtet, das gebraucht wird, um in überschaubaren Wertschöpfungsketten nach sozial und ökologisch vertretbaren Maßstäben eine regionale Grundversorgung sicherzustellen.

Von den Folgen besonders betroffen ist der ländliche Raum. Aus den Dörfern verschwinden immer mehr Höfe und Handwerksbetriebe. So auch die lokalen Bäckereien, die bislang – ganz nebenbei – zahlreiche wichtige soziale Funktionen erfüllen. Auch in dieser Branche sind die Konzentrationsprozesse der vergangenen Jahrzehnte klar erkennbar: Nahezu 60 Prozent des Gesamtumsatzes an Brot und Backwaren in Deutschland liegt in der Hand von knapp drei Prozent aller backenden Unternehmen.

Das Handwerk insgesamt ist mit diversen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen

der existenzbedrohende Mangel an Mitarbeitern und Betriebsnachfolgern sowie ein Übermaß an bürokratischen, unzweckmäßigen Reglementierungen. Ein Sachverhalt jedoch trägt noch stärker zum Rückgang handwerklicher Betriebe und damit zur Schwächung regionaler Strukturen bei: die finanzielle Belastung menschlicher Arbeit durch Steuern und Sozialabgaben. Hier gehört Deutschland laut einer OECD-Studie weltweit zu den Spitzenreitern unter den Industrieländern. Gerade die zahlreichen positiven gesellschaftlichen Funktionen des Handwerks – etwa der Erhalt sinnstiftender Arbeitsplätze, die Standortverbundenheit der Betriebe und ihr Beitrag zum Erhalt und zur Rekonstruktion resilienter, regionaler Versorgungsstrukturen – verlangen jedoch danach, Arbeit finanziell zu entlasten und eine sozial-ökologische Steuerreform auf die Tagesordnung zu setzen.

Dennoch beweisen – den schlechten Bedingungen zum Trotz – seit einigen Jahren mutige, sich wandelnde Bäckereibetriebe, dass kleine lokale Unternehmen im ländlichen Raum sehr erfolgreich sein können. Zu ihren Konzepten gehören die können- und wissensbasierte handwerkliche Herstellung ohne industrielle Inputs sowie Transparenz und Fairness entlang nachhaltiger, regionaler Wertschöpfungsketten.



Richtigstellung

In den Artikel „Raus aus der Fläche, rein ins Netz?“ von Ausgabe 2.19 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die Erzgebirgssparkasse hat damals 38 von insgesamt 97 Filialen geschlossen und gleichzeitig die Zahl der SB-Filialen mit Selbstbedienungsterminal von elf auf 37 angehoben. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?



An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion